

Sie sind geflüchtet. Und willkommen.



Aus dem Donbas geflüchtet, in Mittelhäusern gelandet: Alexander Volkow, Schwiegertochter Julia und Enkel Sergej. Das Bild ist typisch: Auf der Flucht sind vorab Mütter, Kinder und Betagte.

Zehntausende von Ukrainerinnen und Ukrainern haben auf der Flucht vor dem Krieg Zuflucht in der Schweiz gefunden. Ihre unbürokratische Aufnahme zeugt von Solidarität, deckt aber auch die Schatten der Schweizer Asylpolitik auf.

THEODORA PETER UND MARC LETTAU

«Nachts, in den Träumen, sehe ich meine Datscha», sagt Alexander Volkow. Er träume von den Weinstöcken, zu denen er jetzt schauen gehen müsste. Aber der pensionierte Metallurgie-Ingenieur aus Kramatorsk sitzt 2500 Kilometer von seinem Sommerhaus entfernt in einem kleinen bernischen Dorf, von dem er bis vor Kurzem nicht wusste, dass es existiert: Mittelhäusern. Alexander Volkow ist Ukrainer und sein Weg hierher unterscheidet sich – vom zufälligen Ziel abgesehen – wenig von dem von Millionen weiterer Menschen aus der Ukraine. Er floh mit Schwiegertochter Julia und Enkel Sergej aus der unter Raketenbeschuss stehenden Stadt im Donbas, floh vor Krieg, Tod, Zerstörung und Not. In der Schweiz beschied ihm die Flüchtlingsbehörde schliesslich, sie hätten «eine Einladung für Mittelhäusern erhalten». Mitten im Elend sei das ihr Glück: «Herzliche Leute haben uns aufgenommen.»

Der Herzlichkeit der gastgebenden Familie zum Trotz ist Volkow in Gedanken stets im umkämpften Donbas, in Kramatorsk: «Der Morgen beginnt damit, dass wir uns erkundigen, was noch steht; ob unser Zuhause noch steht.» Zugleich treibt ihn die Frage um, was denn besser sei: ein «guter Krieg», in dem sehr viele fallen werden, oder ein «schlechter Friede».

Allein ist er mit solchen Fragen nicht. Spaziert er am Gehstock durch das Dorf, trifft er etwa Anhelina Kharaman an, die mit ihrer Mutter und ihrer Tochter ebenfalls bei Privaten untergekommen ist. Sie stammt aus Mariupol, der in Trümmer liegenden Stadt im Süden der Ukraine. Auch für Lilia Nahorna und Mykola Nahorny,

einem Paar aus Dnipro, ist Mittelhäusern momentaner Aufenthaltsort. Und auch sie reden vom Garten, der bestellt werden müsste, damit es im Winter genug Eingemachtes gibt.

Welle der Solidarität

Rund ein Dutzend geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer leben derzeit in Mittelhäusern – ein Dutzend von den über 50000 Frauen, Kindern und Betagten, die in den ersten drei Kriegsmonaten in die Schweiz geflüchtet sind. Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg haben in so kurzer Zeit so viele Menschen Schutz in der Schweiz gesucht. Die Vertriebenen stiessen auf eine Welle der Solidarität: Die Bevölkerung sammelte Hilfsgüter, bot Unterstützung und private Unterkünfte an. Dies erinnert an die grosse Hilfsbereitschaft in der Vergangenheit – zum Beispiel als sowjetische Truppen 1956 in Ungarn und



Anhelina Kharaman im blühenden Hof ihres provisorischen Zuhauses. Derweil liegt ihre Heimatstadt Mariupol in Schutt und Asche.
Fotos: Danielle Liniger

Der begehrte Ausweis mit dem «S» oben links: Der erstmals ausgestellte «Ausweis S» erleichtert den Geflüchteten den Aufenthalt in der Schweiz.

1968 in der damaligen Tschechoslowakei einmarschierten. Auch damals empfing die Schweiz die Vertriebenen aus Osteuropa mit offenen Armen.

Angesichts der russischen Invasion in die Ukraine aktivierte der Bundesrat im März kurz nach Kriegsausbruch den sogenannten Schutzstatus S. Auf dem Papier existiert diese Flüchtlingskategorie bereits seit den 1990er-Jahren. Damals zwang der bewaffnete Konflikt im ehemaligen Jugoslawien viele Menschen zur Flucht. Zur Anwendung kam dieser spezifische Schutz-Status für Vertriebene bis heute aber nie – auch nicht anlässlich des Syrien-Kriegs, der ebenfalls Millionen von Menschen zu Flüchtlingen machte.

Der Ruf nach Gleichbehandlung

Der Schutzstatus S bringt den Betroffenen unschätzbare Vorteile: Sie müssen sich lediglich bei den Behörden



Die Schweiz muss gerade ihre Neutralität neu erfinden

Der Bundesrat stellte sich nach anfänglichem Zögern entschlossen hinter alle EU-Sanktionen gegen Russland. Dies hat eine politische Debatte zur Neutralität der Schweiz entfacht.

THEODORA PETER

Der Angriff Russlands auf ein unabhängiges europäisches Land sei «völkerrechtlich, politisch und moralisch» nicht hinzunehmen, erklärte Bundespräsident Ignazio Cassis vier Tage nach Kriegsausbruch Ende Februar vor den Medien. «Einem Aggressor in die Hände zu spielen, ist nicht neutral.» Mit diesen Worten begründete er, weshalb sich die Schweiz ohne Abstriche den harten Wirtschafts-sanktionen der Europäischen Union (EU) gegen Russland anschloss. Das waren neue Töne: Bislang hatte sich der Bundesrat darauf beschränkt, lediglich die Umgehung von Massnahmen durch Russland zu verhindern. 2014, nach der Annexion der Krim, hatte es die Schweizer Regierung mit Verweis auf die Neutralität noch abgelehnt, EU-Sanktionen direkt anzuwenden.

Diese Kehrtwende aus Bern liess weltweit aufhorchen. Die «New York Times» titelte gar, die Schweiz gebe ihre Tradition der Neutralität auf. Das sei keineswegs der Fall, versichert das eidgenössische Aussendepartement EDA auf seiner Webseite: Weil die Schweiz keine Kriegspartei militärisch begünstige, befolge sie «die Neutralität im engeren Sinne» nach wie vor. Gemeint ist damit das sogenannte Neutralitätsrecht: Gemäss dem Haager Abkommen von 1907 verpflichten sich neutrale Staaten dazu, nicht an Kriegen teilzunehmen. Auch sollten bei Waffenlieferungen alle Kriegsparteien gleich behandelt werden.

«Mythos» versus Realpolitik

In der Ausgestaltung ihrer Neutralitätspolitik ist die Schweiz hingegen nicht an internationale Abkommen gebunden. Die Bundesverfassung hält dazu einzig fest, dass Bundesrat und Parlament «Massnahmen zur Wahrung der Neutralität der Schweiz» treffen. Wie diese konkret aussehen, hängt im Einzelfall von der politischen Beurteilung der Lage ab. Gemäss dem Historiker Hans-Ulrich Jost war die Neutralität der Schweiz «schon immer dehn- und knetbar wie ein Kaugummi», wie er in einem Interview mit der «SonntagsZeitung» sagte.

Jost verwies als Beispiel auf den Zweiten Weltkrieg, als sich die Schweiz «praktisch in die deutsche Kriegswirtschaft integrierte». Damals gab man Deutschland sogar Kredite, um Munition und Waffen in der Schweiz zu kaufen. Weil die Eidgenossenschaft wirtschaftlich und finanziell stark mit dem Ausland verbunden ist, sei der «Mythos» der Neutralität mit der realen Politik oft nicht



Russlands Angriff auf die Ukraine trieb Zehntausende auf die Schweizer Strassen. Und Tausende blau-gelber Flaggen flattern seither als Zeichen der Solidarität von Schweizer Balkonen. Foto Keystone

kompatibel. Insofern gebe es keine «ideale Neutralität», gibt der Historiker zu bedenken.

SVP plant Initiative

Die Vereinbarkeit der helvetischen Neutralität mit der Realpolitik steht auch beim Ukraine-Krieg zur Debatte. Die SVP kritisiert, mit der Übernahme der Wirtschafts-sanktionen gegen Russland habe sich die Schweiz zur «Kriegspartei» gemacht. Die rechtskonservative Partei plant deshalb eine Volksinitiative, mit der eine «integrale Neutralität» in der Bundesverfassung verankert werden soll. Die anderen Parteien hingegen sehen angesichts des «Angriffs auf westliche Werte» das Ende der traditionellen Neutralität nahen. Bürgerliche Politiker von Mitte und FDP wollen gar Waffenlieferungen an befreundete Staaten erlauben. Selbst eine Annäherung an das Verteidigungsbündnis NATO scheint für einige kein Tabu mehr. Mit anderen Worten: Die Schweiz ist gerade dabei, ihre Neutralität neu zu erfinden.

registrieren, aber kein eigentliches Asylgesuch stellen. Sie dürfen sofort eine Stelle suchen, ihre Familien in die Schweiz nachziehen und frei reisen – auch ins Ausland. Dies alles bleibt Geflüchteten aus anderen Konfliktregionen verwehrt. Schutzsuchende aus Afghanistan, Syrien, Eritrea, Äthiopien oder dem Irak müssen das reguläre Asylverfahren durchlaufen und dürfen bis zum Asylentscheid weder arbeiten noch reisen. Das gilt auch für diejenigen, die von der Schweiz nur vorläufig aufgenommen werden, weil eine Rückkehr in ihre Heimatländer unzumutbar ist.

Flüchtlingsorganisationen begrüßen den grosszügigen und pragmatischen Umgang mit den Zehntausenden von Ukraine-Flüchtlingen, pochen aber auf eine Gleichbehandlung aller Menschen, die vor gewaltsamen Konflikten fliehen. «Aus Sicht der Geflüchteten spielt es keine Rolle, ob der Krieg, vor dem sie fliehen, ein Angriffskrieg eines anderen Staates ist oder ein Bürgerkrieg zwischen zwei Parteien innerhalb eines Staates», hält Seraina Nufer, Co-Abteilungsleiterin Protection bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, fest. Auch Migrationsrechtsexperten erachten es als stossend, dass Kriegsvertriebene aus anderen Ländern ungleich behandelt werden und zum Beispiel ihre Familien erst nach einer Wartezeit von drei Jahren in die Schweiz holen dürfen. Für tiefere Asyl-Hürden fehlt in der Schweiz aber der Wille der politischen Mehrheit. Zu gross ist die Angst vor einer Sogwirkung.

Zunehmende Existenzängste

Doch auch für die Geflüchteten aus der Ukraine ist der Alltag in der Schweiz kein Paradies. Da ist zunächst die belastende Sorge um die im Kriegsgebiet zurückgebliebenen Angehörigen – Ehemänner, Väter, Söhne, die zum Armeedienst aufgeboten wurden. Dazu kommen Existenzängste. Nur eine Minderheit der Geflüchteten verfügt über genügend Sprachkennt-

Der Krieg in der Ukraine hat rund sechs Millionen Menschen aus dem Land vertrieben.

Die Schweiz rechnet bis im Herbst mit 80 000 bis zu 120 000 Schutzsuchenden.

nisse, um rasch eine Stelle in der Schweiz zu finden. Wer mittellos ist, kann Asylsozialhilfe beantragen.

Deren Leistungen liegen aber 30 bis 40 Prozent unter den Zahlungen, die Inländerinnen und Inländer in einer finanziellen Notlage üblicherweise erhalten. Mit anderen Worten: Die staatlichen Unterstützungsgelder reichen kaum zur Existenzsicherung. Immer häufiger reihen sich deshalb auch Ukrainerinnen und Ukrainer in die Schlange der Bedürftigen ein, die bei Hilfsorganisationen für Essenspakete anstehen. Asylorganisationen warnen deshalb vor einer Prekarisierung der Betroffenen und kritisieren die «billige» Willkommenskultur in der reichen Schweiz.

Finanzielle Opfer bringen auch die Schweizer Familien, die über 20 000



Sie wollen so rasch wie möglich in ihrem Garten bei Dnipro zum Rechten schauen: Lilia Nahorna und Mykola Nahornyj treibt in der Schweiz die Ungeduld um.
Foto: Danielle Liniger

Geflüchtete für mindestens drei Monate grosszügig bei sich zu Hause aufgenommen haben. Sie erhalten je nach Kanton nur symbolische Entschädigungen – und erfahren auch im Alltag oft nur wenig Unterstützung. «Viele Gastfamilien fühlen sich alleingelassen», sagt Christoph Reichenau, der zusammen mit Mitstreitenden die Ukraine-Hilfe Bern initiiert hat.

Der Verein betreibt nahe des Berner Bahnhofs eine Anlaufstelle für Geflüchtete und Gastfamilien, organisiert Sprachkurse und vernetzt auf seiner Webseite die zahlreichen freiwilligen Unterstützungsangebote. Die Solidarität in der Bevölkerung sei nach wie vor gross, stellt Reichenau fest. Nötig seien aber klare Perspektiven und eine Stärkung der Strukturen, «damit spontane Hilfsbereitschaft zu einer stetigen Unterstützung wird».

Keine rasche Rückkehr

Auch die Behörden stellen sich darauf ein, dass die Ukraine-Flüchtlinge noch länger als ein Jahr in der Schweiz bleiben werden. Eine rasche Rückkehr in die zerbombten ukrainischen Städte wird immer unwahrscheinlicher. Bei Redaktionsschluss Mitte Mai waren die russischen Angriffe auf das Land unvermindert im Gange. Angesichts weiter zunehmender Flüchtlingszahlen – der Bund rechnet bis im Herbst mit insgesamt 80 000 bis 120 000 Schutzsuchenden – müssen die Behörden nicht nur mehr Unterkünfte, sondern auch Klarheit über die Perspektiven der Geflüchteten in der Schweiz schaffen.

Ginge es nach Alexander Volkow, Anhelina Kharaman, Lilia Nahorna und Mykola Nahornyj, würden sie noch so gerne heimkehren, um in Haus und Garten zum Rechten zu schauen – in Kramatorsk, Mariupol oder Dnipro. Fürs Erste zieht Lilia Nahorna Setzlinge in Blumentöpfen: So kann sie die Pflanzen problemlos mit nach Hause nehmen. Nachhause in die Ukraine.